

Gemeinden auf mehr Geld angewiesen

Räte diskutieren über verlorene Kreisumlage-Klagen

Die Klagen der Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinde Egelner Mulde gegen den Salzlandkreis wegen der Höhe der Kreisumlagen, die die Kommunen von ihren Einnahmen zahlen müssen, sorgen weiter für Diskussionen.

Von René Kiel

Egeln/Borne • Die Klage aller Gemeinden der Egelner Mulde gegen die Bescheide für die Kreisumlage haben für das Jahr 2017 rund 65 000 Euro gekostet. Diese Zahl nannte der Verbandsgemeinde-Bürgermeister Michael Stöhr (UWGE) in der jüngsten Ratssitzung im Egelner Rathaus. Dabei handele es sich nur um die Gerichtskosten ohne Rechtsanwälte.

Wie Stöhr sagte, hatte die Verwaltung den Gemeinderäten nur empfohlen gegen die Bescheide für die Jahre 2017 und 2018 vorzugehen.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD/Freie, Manfred Püchel, berichtete, dass alle Rechtsstreitigkeiten der Kommunen im Salzlandkreis inzwischen eine Summe von 3,5 Millionen Euro verschlingen, die die kommunale Familie tragen müsse. Er sei froh darüber, dass die Gemeinde Börde-Hakel beschlossen habe, nicht mehr weiter gegen die Umlagen des Kreises vorzugehen.

Der Ratsvorsitzende Peter

Fries (CDU) sagte nach der am 22. November in zweiter Instanz verlorenen Klage von 14 Städten und Gemeinden des Salzlandkreises vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) in Magdeburg zur Kreisumlage 2018, beide Seiten sollte eine andere Gangart einlegen. „Die Finanzierung der Kommunen funktioniert nicht mehr. Da muss sich was ändern“, meinte Peter Fries, der auch Bürgermeister der Gemeinde Börde-aue ist. Landrat Markus Bauer (SPD) beziehe die Rechtsstreitigkeiten der Kommunen gegen den Kreis zu Unrecht auf sich. Nicht gut sei, dass die Kreisverwaltung von seiner Gemeinde Verzugszinsen wegen ihrer Ausstände bei der Kreisumlage verlange.

Nach dem Urteil des OVG bleibe der Stadt Egeln und den Gemeinden Börde-Hakel, Börde-aue, Borne und Wolmirsleben nur noch eine Beschwerde wegen der Nichtzulassung der Revision, sagte der Verbandsgemeinde-Bürgermeister Michael Stöhr (UWGE) in der Gemeinderatssitzung in Borne am vergangenen Donnerstagabend. „Das ist schwierig. Ich tendiere dazu, das nicht zu tun“, fügte der Verwaltungschef unter Hinweis auf die Kosten und den unsicheren Ausgang hinzu. Das müsse aber der Gemeinderat entscheiden. Nach dem Ausgang des Verfahrens für 2018 mache das aus seiner Sicht keinen Sinn, so Stöhr. Er geht da-

von aus, dass die Kommunen auch die Verfahren für die Folgejahre verlieren werden. „Deshalb war es unsere Empfehlung nicht weiter zu klagen“, sagte der Verbandsgemeinde-Bürgermeister.

Bornes Bürgermeister Sven Rosomkiewicz (CDU), der auch Landtagsabgeordneter ist, sagte, es müsse die Frage geklärt werden, wie man auf Landesebene Ruhe in das Finanzsystem bekomme. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass die Kommunen der Egelner Mulde neben der Kreisumlage von 43,5 Prozent noch weitere 55,5 Prozent ihrer eigenen Einnahmen zur Finanzierung der Verbandsgemeinde bereitstellen müssen. „Aber auch damit kann die Verbandsgemeinde nicht dauerhaft ihre Haushalte ausgleichen. Nötig wären zwischen 65 und 70 Prozent“, sagte Rosomkiewicz und fügte hinzu: „Das, was der Landkreis in den vergangenen Jahren an Schulden abgebaut hat, haben die Gemeinden aufgebaut.“

„Merkt das da oben keiner“, wollte Guido Müller (CDU) wissen. Auf Landesebene laufen dazu Gutachten, sagte der Bürgermeister. Die Städte und Gemeinden erhalten 1,8 Milliarden Euro vom Land. Das Gute sei, dass die Einnahmen, die die Gemeinde Borne vom Windpark bekomme, nicht zur Berechnung der Umlagen herangezogen werden, sondern in Borne verbleiben.